

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 183. Ratssitzung vom 15. Dezember 2017

3589. 2017/311

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 182, Beschluss-Nr. 3589/2017)

Beschlüsse:

Antrag 107.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): *Wir beantragen eine Verbesserung auf diesem Konto von 327 800 Franken. In diversen Sparten der Organisationsstruktur sind markante Anstiege zu verzeichnen. Bei der Verwaltung Schlachthof hat sich die Zahl verdoppelt, bei der Sparte Wohnhygiene und Arbeitsschutz sind die Kosten um 200 000 Franken höher budgetiert, als noch im Jahr 2017. In der Rubrik Ernährung wird auch wieder höher budgetiert. Wir sind der Meinung, dass es keinen Projektleiter zur linksideologischen Nacherziehung im Bereich Ernährung benötigt. Bürgerinnen und Bürger sind alt genug, um selber zu entscheiden, was für sie stimmt. Wir beantragen deshalb eine Verbesserung auf dem Konto auf 15 808 400 Franken.*

Walter Angst (AL): *Wir haben anfangs einen Beschluss gefasst, dass wir eine Million Franken sparen wollen an diversen Orten in Kaderpositionen und Stäben. Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass es allenfalls eine der Stellen wäre, die man reduzieren könnte, aber dort nochmals eine Kürzung zu machen, erscheint uns nicht sinnvoll.*

S. 235	30 3045 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
--------	-------------------------	--

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
107.	Antrag Stadtrat			16 136 200	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

2 / 51

327 800

15 808 400 Minderheit

Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Begründung: Neue Organisation benötigt nicht zwingend eine Lohnerhöhung. Verzicht auf Projektleiter eines Projektleiters zur linksideologischen Nacherziehung im Bereich Ernährung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 108.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphael Kobler (FDP): Wir beantragen eine Reduktion von 320 000 Franken auf 220 000 Franken. Unseres Erachtens werden die angedachten Projekte einmal mehr mit viel zu grosser Kelle angerichtet. Wenn man sie nicht partiell sogar als gänzlich verzichtbar erachten möchte, wie beispielsweise Roadmap, 2000-Watt-Gesellschaft oder auch der Open-Day Energie-Coaching. Es darf nicht verkannt werden, dass nicht nur durch staatliches, sondern auch durch privates Know-how und Engagement bereits eine weitreichende gesellschaftliche Sensibilisierung stattgefunden hat und auch ohne städtische Erziehungsarbeit dank gesundem Pragmatismus weiter Platz greifen dürfte. Dadurch lassen sich die erwähnten 100 000 Franken auf dem Konto problemlos einsparen.

Felix Moser (Grüne): Beim Energie-Coaching geht es darum, dass man privaten Hausbesitzern aufzeigt, wie man bei Sanierungen oder Umbauten und Neubauten energetisch gute Lösungen erzielen kann. Damit wird durchaus auch Privaten geholfen. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist in der Gemeindeordnung verankert durch eine Volksabstimmung. Daran darf man durchaus weiterarbeiten, damit man das Ziel 2050 erreicht. Wir bitten darum, mit der Mehrheit zu stimmen.

S. 236 30
3045
3107 0000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Umwelt- und Gesundheitsschutz
Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
108. Antrag Stadtrat			320 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	100 000		220 000 Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Verkleinerung der Projekte und/oder Verzicht auf die Durchführung bestimmter Aktionen (Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft, Energie-Coaching: Open-Day u. a.)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 109.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Guy Krayenbühl (GLP): Die Stadtzürcher Beratungsstelle für Schädlingsbekämpfung und Prävention ist eine Abteilung mit vier Mitarbeitenden. Sie ist vor allem beratend und wissenschaftlich tätig. Die Bekämpfung der Schädlinge übernehmen letztendlich private Firmen. Die neu zu bekämpfende Tigermücke stammt ursprünglich aus südostasiatischen Tropen und Subtropen. Von dort stammt auch die längst bekannte heimisch gewordene Ratte und Kakerlake. Die Bekämpfung der invasiven ortsfremden Organismen wird schwierig, insbesondere wenn man bedenkt, wie klein die Tigermücken und Ameisen sind. Gebietsfremde Arten haben schon Krankheiten mitgebracht und sie werden vielleicht auch wieder neue Krankheiten mitbringen. Das tun jedoch auch wir Menschen, indem wir viel reisen. Es soll kein städtisches Geld vom Gesundheits- und Umweltschutzdepartement (GUD) für die Bekämpfung aufgewendet werden. Die Tigermücke ist auch bekannt unter dem viel gefährlicheren Namen Tigermoskito. Dafür will die Beratungsstelle für Schädlingsbekämpfung und Prävention 5000 Franken. Damit wollen sie am Carparkplatz im Auftrag des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) Fallen aufstellen und diese alle vierzehn Tage kontrollieren. Das GUD hat auf die eidgenössische Freisetzungsverordnung hingewiesen. Dort steht, wenn Organismen auftreten, die Menschen, Tiere oder die Umwelt schädigen, die biologische Vielfalt oder deren nachhaltige Nutzung beeinträchtigen können, ordnet der Kanton die erforderlichen Massnahmen zur Bekämpfung und soweit erforderlich und sinnvoll zur zukünftigen Verhinderung von ihrem Auftreten an. Das AWEL, oder ihre Dienstabteilung Biosicherheit, und damit der Kanton, haben das gemacht. Im April 2017 wurde verkündet, dass Spezialisten des AWEL den Carparkplatz beim Zürcher Hauptbahnhof ausgewählt haben, um das Verhalten der Tigermücken bei uns besser kennenzulernen. Im Bereich des Parkplatzes und in der Umgebung werden dafür Fallen für Mückeneier und Mücken aufgestellt und regelmässig kontrolliert. Mit den Untersuchungen bereitet sich das AWEL darauf vor, dass sich die Tigermücke in den nächsten Jahren auch bei uns ansiedeln könnte. Beim AWEL arbeiten zehn Leute in der Abteilung Biosicherheit, ihren Arbeitsort haben sie am Walcheplatz. Die kantonalen Mitarbeitenden sind viel schneller bei den Fallen. Sie können sie schneller aufstellen und kontrollieren. Der Weg zum Carparkplatz ist für sie viel kürzer als für Mitarbeitende der städtischen Schädlingsbekämpfung und Präventionsstelle. Für die Bekämpfung der Tigermücke ist der Kanton verantwortlich, dann soll er die Fallen auch selber betreiben und zahlen. Wir regen uns immer wieder auf, wenn uns der Kanton irgendwelche Aufgaben auferlegt, aber wir wollen immer noch

irgendetwas besser machen als der Kanton. Für die übersehenen Ameisen will das GUD 45 000 Franken aufwenden, um eine private Schädlingsfirma damit zu beauftragen, die Tiere auf zwanzig Grundstücken in Altstetten zu bekämpfen. Von den zwanzig Grundstücken sind sechzehn Private und vier in der Hand der Stadt. Die Kosten für die Bekämpfung will das GUD ab dem nächsten Jahr auf 50/50 aufteilen. Also 50 Prozent der Kosten tragen die Grundeigentümer und 50 Prozent die Stadt. Wenn das GUD bei der Bekämpfung der fremden invasiven Organismen anfängt, die Kosten für die Grundeigentümer und Liegenschaftsbesitzer zu übernehmen, schafft es damit ein Präjudiz für die Zukunft. Die Bekämpfung liegt in der Verantwortung der Liegenschaftsbesitzer, dafür soll nicht das GUD zahlen.

Marcel Bührig (Grüne): Ein wichtiges Detail wurde vergessen. Laut kantonalem Gesetz sind die Gemeinden dafür zuständig, Ungeziefer und Schädlinge auf dem Grund der Gemeinde zu bekämpfen. Dazu gehört auch die vernachlässigte Ameise und die Tigermücke. Die Tigermücke bringt verschiedene Virenarten mit sich. Die Mehrheit sieht es nicht als angebracht an, bei der Schädlingsbekämpfung die Posten wegzustreichen, weil laut kantonalem Gesetz die Gemeinde durchaus dafür verantwortlich ist. Die Schädlingsbekämpfung ist genau gleich weit entfernt vom Carparkplatz wie das AWEL. Wenn sie nicht mit dem Auto fahren müssten, wären sie sogar noch schneller dort.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Die Tigermücken gehen mit 5000 Franken in die Rechnung. Wir haben eine Masseneinwanderung von Tigermücken und vernachlässigten Ameisen. Die Tigermücken können schlimme Krankheiten übertragen, aber nur, wenn die Infektion schon da ist. Die vernachlässigte Ameise ist nicht mit einer Kakerlake zu vergleichen. Diese kann man in seinem eigenen Gebäude ausrotten und hat sie dann nicht mehr. Nicht so die vernachlässigte Ameise. Uns ist Eigenverantwortung auch wichtig, aber in diesem Fall ist sie nicht machbar. Sie vermehren sich rasant. In Rostock hat man das gleiche Problem und dort sterben Bäume ab und die Häuser verlieren ihren Wert. Wenn sie sich einmal ausgebreitet haben, dann kommen die Schädlingsbekämpfenden kaum mehr nach. Die vernachlässigte Ameise bildet sehr viel Königinnen. Diese mehren um sich herum hunderttausende von Arbeiterinnen, man redet hier von Superkollonien. Diese neuen Ameisen zählen Ameisenstrassen, die zehn Zentimeter breit sind. Das Problem ist nicht nur in einem Gebäude, sondern in einem ganzen Quartier vorhanden. Weshalb es sich lohnt, 45 000 Franken zu investieren. Es geht darum, dass man die Problematiken, die man nicht allein bewältigen kann, gemeinsam angeht.

Peter Schick (SVP): Die SVP ist hier noch in der Minderheit, aber nach den verschiedenen Voten werde ich an meine Grossbaustelle in Zürich erinnert, wo der Kanton monatlich Neophythen bekämpft. Das ist auch eine Masseneinwanderung in die Pflanzenwelt. Wenn es scheinbar keine kantonale, sondern städtische Aufgabe ist, soll auch die Stadt mithelfen, dies zu bekämpfen. Wenn dazu die einheimische Tierwelt bedroht ist, muss man sie vor der ausländischen Tierwelt retten und deshalb gehen wir in die Mehrheit.

5 / 51

S. 236	30 3045 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat				2 771 000	Mehrheit
			50 000		2 721 000	Minderheit
		Begründung:	Keine Ausgaben für Bekämpfung Tigermücke und vernachlässigte Ameise			
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 110.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir wollen in Zürich nach 2000-Watt operieren. Ich glaube, dass wir gewisse Punkte sehr gut gelöst haben. Gleichzeitig muss man gewisse Sachverhalte der Bevölkerung nicht mehr beibringen, weil sie diese schon gelernt hat. Deshalb könnten wir 300 000 Franken einsparen, weil gewisse Informationen nicht mehr nötig sind. Wenn jemand sein Haus umbauen will und tatsächlich ein Energie-Coaching benötigt, kann er auch dafür zahlen. Wenn man sich im Internet erkundigt, macht man das, weil man sonst nicht an die nötigen Handwerker gelangt. Auch ein Öko-Kompass ist nicht mehr notwendig. Dies hat den Unternehmen nicht viel gebracht und nur zusätzliche Dienstleistungen beansprucht. Die zusätzlichen Kosten für die Dienstleistungen sind letztlich wieder in die Mehrkosten geflossen, die man für den Umbau benötigt hat. Menschen, die ein Haus bauen wollen, sind durchaus in der Lage, die richtigen Beratern zu finden und zu fragen. Sie sind bereit, dafür Geld zu zahlen. Die Stadt muss keine zusätzliche Dienstleistung anbieten und finanzieren.*

Felix Moser (Grüne): *Wir haben in der Stadt die 2000-Watt-Ziele noch nicht ganz erreicht und 2050 ist noch weit weg. Vermutlich muss man bis dahin die Möglichkeiten noch ein paarmal wiederholen. Die Energie-Coachings sind für die Hausbesitzenden nicht gratis, sie zahlen auch einen Teil daran. Sie sind sinnvoll, weil sie nachhaltig sind. Wenn Gebäude saniert oder energetisch gut gebaut sind, verringert sich der Anteil des*

Energieverlusts. Die Mehrheit ist der Meinung, dass die Stadt hier nach wie vor investieren soll.

S. 236	30 3045 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
110.	Antrag Stadtrat				2 771 000	Mehrheit
			300 000		2 471 000	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Verbesserung um Fr. 300 000, keine Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft und Verkleinerung bestimmter Angebote (Energie-Coachings, Öko-Kompass u. a.)		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 111.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): *Wir beantragen eine Kürzung von 100 000 Franken als Saldoverbesserung bei den Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter. Die Kosten für IT-Leistungen Dritter steigen Jahr für Jahr. Von 79 791 Franken im Jahr 2016 auf 283 000 Franken, budgetiert 2017, und auf neu budgetierte Kosten von 331 500 Franken. Solche Leistungen können vermehrt intern erbracht werden. Das Fachwissen ist im GUD oder in der Stadt vorhanden. Wir sind überzeugt, dass mit der Kürzung um die 100 000 Franken genügend finanzielle Mittel vorhanden sind, um solche Leistungen zu erbringen. Die Entschädigungen sollen auch in schlechteren Zeiten der finanziellen Situation der Stadt angepasst werden. Die Zeiten von immer neuen Begehrlichkeiten sind vorbei und sollten auf das absolut Notwendigste beschränkt werden.*

Felix Moser (Grüne): *Was es genau bedeutet, die Kosten an die finanzielle Situation anzupassen, darüber kann man geteilter Meinung sein. Ein Teil der Mehrheit findet die finanzielle Situation sicher nicht so schlecht wie geschildert. Auf dem Konto sind IT-Leistungen für Dritte eingestellt, es können nicht alle Leistungen intern erbracht werden. Ein Teil der Mehrkosten ist die Ablösung einer Software für Baubewilligungen, sonst*

gezwungen, einen Zusatzkredit ins Budget einzustellen, damit die beiden Projekte realisiert werden können. Also einerseits die Zu- und Wegfahrt für den UGZ und den Schlachthof und andererseits die Aufwertung der Grünräume. Das ist wichtig für das Quartier Letzi. Speziell für dieses Quartier, wo in den letzten Jahren unglaublich viele Freiflächen zugebaut wurden, wo Grünraum verloren ging und man jetzt endlich einen kleinen, öffentlichen Park auf dem Standort des Schlachthofs schaffen kann. Deshalb bitte ich darum, den Mehrkosten von 400 000 Franken zuzustimmen.

Peter Schick (SVP): *Nun wurde die Begründung gegeben, wofür 400 000 Franken verwendet werden sollen. Die Aufwertung des Spielplatzes kann man in der zweiten Etappe im Jahr 2019 realisieren, dringlich sind die Zu- und Wegfahrten aufgrund des Tierseuchengesetzes. Die Aufwertung kann man dann ein Jahr später machen.*

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): *Die GLP ist hier noch in der Enthaltung. Grundsätzlich sind wir dafür, das Projekt der Seuchentrennung aktuell zu nutzen. Dies, um den kümmerlichen grünen Fleck, der nicht wirklich zugänglich ist, mit einer Grünfläche und einem Spielplatz zu erweitern und zugänglich zu machen. Das Projekt ist sinnvoll. Besonders weil diagonal gegenüber neue Wohnungen entstehen werden und der Bedarf an Grün- und Spielflächen sicher steigt und so auch gut ergänzt werden kann. Leider ist der Platz an der Zufahrt und auf dem Schlachthofareal für eine nutzbare Grünfläche und einen Spielplatz nicht ganz unumstritten in der Fraktion sowie auch die geschätzten Mehrkosten des UGZ in Höhe von 400 000 Franken. Deshalb haben wir entschieden, hier eine Stimmfreigabe zu machen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Es ist eine Initiative aus dem Quartier. Als wir budgetiert haben, haben wir davon noch nichts geahnt. Aufgrund der Gespräche hat man gemerkt, dies wäre noch eine Möglichkeit für ein Quartier, das wirklich wenig mit Grünraum versorgt ist. Diesem Umstand kann man nun Rechnung tragen. Ein Jahr zuzuwarten, würde die Kosten erhöhen. Man sollte deshalb jetzt alles gleichzeitig umsetzen. Manchmal muss man solche Chancen auch nutzen und ganz pragmatisch das machen, was man machen kann. Es ist ein relativ kleiner Eingriff. Der Schlachthof ist nicht der Ort, an dem man seine Freizeit verbringt, aber die Grünfläche ist ausserhalb des Gebäudes. Deshalb sollte man dem Quartier ein wenig mehr Grünraum zugestehen und zu diesem unbürokratischen Mittel greifen.*

9 / 51

S. 238	30 3045 500006	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Schlachthofareal Zürich: Neuregelung Zu- und Wegfahrt Waschanlage				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
112.	Antrag Stadtrat				950 000	Minderheit
				400 000	1 350 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP)
						Begründung: Änderung Zu- und Abfahrt für Projekt Seuchentrennung

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Antrag 113.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Auf dem Konto sind verschiedene Sachen eingestellt, beispielsweise Kunst im öffentlichen Raum (KiöR). Das ist explizit nicht Teil des Antrags, das möchten wir unverändert lassen. Der Antrag bezieht sich auf juristische Expertisen und Projekte sowie Strategien im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED), in der Zentralen Verwaltung. 2014 wurden dafür 45 000 Franken, 2015 14 000 Franken und 2016 9000 Franken aufgewendet. Nun gibt es eine Verzehnfachung auf 90 000 Franken. Die RPK ist der Meinung, dass eine Steigerung auf 60 000 Franken immer noch den nötigen Spielraum gewährt, um die Notwendigkeiten zu realisieren.

Walter Angst (AL): Der Minderheit scheint es nicht so, dass es im TED nicht gewisse Dinge zu organisieren gäbe. Deshalb ist sie der Meinung, dass man das gesamte Budget dem Vorsteher zur Verfügung stellen sollte, um den Wechsel an verschiedenen Orten umsetzen zu können.

10 / 51

S. 240	35 3500 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
113.	Antrag Stadtrat				230 000	Minderheit
			30 000		200 000	Mehrheit
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Weniger juristische Expertisen und Projekte/Strategien TED Zentrale Verwaltung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 114.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): Das Tiefbauamt ist auf der Suche nach Ingenieuren. Dies erstaunt, weil man immer gesagt hat, dass dank der Personenfreizügigkeit hochqualifizierte Fachkräfte ins Land kommen, vor allem Ingenieure. Wo sind diese jetzt? Der Markt sei regelrecht ausgetrocknet, schreibt der Stadtrat in seiner Begründung. Wir sind der Meinung, dass 135 000 Franken den Markt nicht anfeuern werden, deshalb beantragen wir die Streichung des Betrags.

Florian Utz (SP): Die Personenfreizügigkeit ist tatsächlich auch ein gemeinsames Projekt der FDP und der Grünen, die wesentlich zum Erfolg unserer Stadt beigetragen hat. Aber das ist nicht das Thema. Es geht um Personalwerbung und hier hatten wir bereits eine Kürzung. Die SVP will sehr viel weitergehen, was der Mehrheit deutlich zu weit geht.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Wir unterstützen den Antrag. Man muss ehrlicherweise respektieren, dass der Markt der Bauingenieure nicht endlos viel hergibt und die Stadt nicht davon ausgenommen ist. Wir werden aber nicht jedes Jahr einer Erhöhung des

Budgets bei der Personalwerbung zustimmen. Stattdessen erwarten wir, dass das Tiefbauamt und Entsorgungsdepartement die Limite gegen oben einmal erreicht hat.

S. 246	35 3515 3092 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
114.	Antrag Stadtrat				270 000	Mehrheit
			135 000		135 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Von Rotblaugrün wurden uns mit der Personenfreizügigkeit unzählige Fachkräfte im Ingenieurwesen versprochen. Da kann es nicht so viel Geld für Personalwerbung brauchen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 115.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Hungerbühler (CVP): *Es geht um eine grosse Sommerausstellung im Jahr 2018, die in Zürich-Nord mit 35 temporären Kunstwerken stattfinden soll. Dies im Rahmen von KiöR. Wir sind der Meinung, dass KiöR zwar «nice to have» ist, aber nicht unbedingt notwendig. Deshalb kann man das Projekt ersatzlos streichen. Wenn es der Stadt finanziell wieder ein wenig besser geht, kann man darüber wieder reden.*

Florian Utz (SP): *Zürich geht es finanziell sehr gut und deshalb ist der Zeitpunkt jetzt auch gut. Die Mehrheit unterstützt Kunst im öffentlichen Raum. Es ist eine tolle Sache: Kunst, die für alle Menschen zugänglich ist und nicht nur hinter Türen existiert, für die man viel Eintritt zahlen muss. Diese Kultur habe ich am liebsten. Ausser derjenigen, die natürlich auch richtig und wichtig ist. Die Mehrheit unterstützt Kunst im öffentlichen Raum und bittet um die Zustimmung.*

13 / 51

S. 247	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116.	Antrag Stadtrat				4 623 700 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP)
			150 000		4 473 700 Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Reduktion KiöR			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 117.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): Auf dem Konto sind sehr viele Sachen eingestellt. Deshalb ist die Kürzung von 50 000 Franken, welche die einstimmige RPK-Mehrheit beantragt, klein. Es sind insgesamt 220 000 Franken für Strategien, Konzepte und Programme. Diese sind nochmals unterteilt in die Strategie «Stadtverkehr 2025» für 70 000 Franken, das wollen wir explizit nicht kürzen. Hingegen sind wir bei den eingestellten 150 000 Franken für «generelle Strategie- und Konzeptentwicklungen» der Meinung, dass man auch mit 100 000 Franken gut arbeiten kann. Wir möchten diesen Betrag für diesen Teilbereich sprechen.

Weitere Wortmeldung:

Derek Richter (SVP): Ich verzichte auf das Votum.

S. 247	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
117.	Antrag Stadtrat				4 623 700	

14 / 51

50 000

4 573 700 Zustimmung

Florian Utz (SP) Referent,
Präsident Walter Angst
(AL), Vizepräsident Michael
Baumer (FDP), Dorothea
Frei (SP), Felix Moser
(Grüne), Shaibal Roy
(GLP), Alan David Sangi-
nes (SP), Peter Schick
(SVP), Christian Traber
(CVP), Raphaël Tschanz
(FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Weniger «generelle Strategie- und Konzeptentwicklungen»

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 118.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Aus Sicht der Mehrheit ist eine Veloverbindung auf der Rämistrasse von zentraler Bedeutung, gerade weil das Universitätsviertel ausgebaut wird. Man sollte sicher mit dem Velo von der Universität zum Bellevue kommen und umgekehrt. Für uns ist es eine der zentralen Veloverbindungen in der Stadt, die man neu erstellen sollte. Wir möchten dem Tiefbauamt auch die Möglichkeit geben, die Planungen in Angriff zu nehmen und 100 000 Franken zur Verfügung stellen, um dort entsprechend planen zu können.*

Stefan Urech (SVP): *Das Mehrheitsvotum hat den Anschein erweckt, als hätte man noch nie eine Studie für die Rämistrasse gemacht. Probleme will man gerne mit Geld und mit Studien lösen. Wir sind voller Zuversicht, dass das TED hier eine gute Lösung für alle Verkehrsmittel finden wird und nicht noch einmal eine Studie notwendig ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Auch die FDP unterstützt das Anliegen, einen Veloweg zu realisieren. Es sind schon sehr viele Ideen eingeflossen und Studien gemacht worden. Bis jetzt konnte keine befriedigen. Das heisst aber nicht, dass das Anliegen falsch wäre. Deshalb unterstützten wir es, dass nochmals eine Studie gemacht wird und alles nochmals angeschaut wird.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Auch wir unterstützen die Vorstudie. Grundsätzlich stehen wir solchen Studien eher kritisch gegenüber. Wir realisieren in der Stadt relativ viele Studien. Aber genau die Umgebung der Rämistrasse ist bekanntermassen verkehrstechnisch sehr schwierig. Deshalb macht es Sinn, dass man eine Ausnahme macht und nochmal einen Sondereffort leistet. Wir wollen, dass alle Verkehrsteilnehmer einigermassen Platz finden und vielleicht folgt auf die Studie endlich die nötige Lösung.*

15 / 51

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir haben gehört, es gäbe schon viele Studien und jetzt will man noch mehr Studien machen. Man hofft, das dabei nun mehr herauskommt und dafür will man das Budget verschlechtern. Die überflüssigen Studien sollte man genauso bekämpfen, wie die Schädlinge.

Sven Sobernheim (GLP): Man kann nicht gleichzeitig dem Tiefbauamt (TAZ), das zu wenig Angestellte hat, die Personalwerbung und die Studien für Dritte streichen. Man kann nicht einfach erwarten, dass das TAZ alles macht, was man will und ihm gleichzeitig nichts geben wollen.

S. 247	35 3515 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
118.	Antrag Stadtrat			100 000	4 623 700 Minderheit 4 723 700 Mehrheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Vorstudie für Veloweg auf der Rämistrasse erarbeiten

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 119. und 120. (Postulat GR Nr. 2017/439).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3567/2017): Es geht hier um die Veloverbindungen in der Innenstadt links der Limmat. Wir haben auf der Strecke, auf der ganzen Länge zwischen See und Hauptbahnhof fünf Verbindungen: am See, am Münsterhof, an der Urania-Sihlstrasse, an der Beatengasse-Gessnerbrücke und am Bahnhof-Postbrücke. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die einzig wirklich taugliche Veloachse die Ura-

nia-Sihlstrasse wäre. Dort wird aber leider keine taugliche Lösung angeboten. Es gab schon eine Planungsaufgabe. Diese ist dadurch charakterisiert, dass man, wenn man von der Limmat zur Sihl fährt, der Veloweg irgendwann rechts ab durch die Gerbergasse führt. Eine enge, verwinkelte Gasse, die danach in die Löwenstrasse mündet. Das Ziel des Tiefbauamts ist vor allem, eine dreispurige Autostrasse auf der Uraniastrasse zu bauen. Es gibt noch einen Linksabbieger ins Parkhaus, was alles unglaublich viel Platz benötigt. Velos soll es dort keine mehr geben. Auf der anderen Seite, wenn man von der Sihl zur Limmat fährt, läuft der Veloweg auf der Sihlstrasse. Die Hauptveloroute durch die Innenstadt führt auf die Begegnungszone auf dem Annaplatz. Gerade wenn man sich über Velofahrende in der Innenstadt ärgert, kann es auch für die Bürgerlichen kein taugliches Projekt sein, welches das Tiefbauamt erarbeitet hat. Deshalb verlangen wir mit dem Postulat einen Veloweg auf der Uraniastrasse in beide Richtungen, was die direkteste und schnellste Verbindung ist. Wir wollen, dass die Planung weitergeführt wird, aber auf der Grundlage des eingereichten Postulats. Man soll die Uraniastrasse Velo tauglich machen, weshalb wir weiterhin 100 000 Franken eingestellt lassen.

Derek Richter (SVP) begründet den Antrag der Kommissionsminderheit, stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: Wir wechseln zur Mehrheit und lehnen das Postulat ab. Es ist nicht einmal so grundfalsch. In der Tat liegt hier keine attraktive Verbindung vor. Doch durch die eigene ideologische VCS-Verkehrsverhinderung trägt man dafür selbst die Verantwortung. Es gibt noch andere Projekte in der Stadt, die auch behördenverbindlich sind, die aber nie umgesetzt wurden. Mit diesen Projekten, beispielsweise dem «Ypsilon», hätte man den Verkehr entflechten können. Mischflächen zwischen Fussgängerverkehr und Veloverkehr sind unsinnig, deshalb können wir hier nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Wir waren dem Projekt Uranistrasse gegenüber immer offen. Wir waren aber skeptisch, ob man es tatsächlich in der Umsetzung mit dem nötigen Kapazitätserhalt realisieren kann. Jetzt wurden die ganzen Ärgernisse aufgezählt, insbesondere für den Veloverkehr. Es ist nicht sinnvoll, die Velofahrer auf die Autofahrer oder Fussgänger loszulassen. Deshalb sind auch wir dafür, dass man das Projekt nochmals überarbeitet, die Kapazität für sämtliche Verkehrsträger dabei erhält, aber eine vernünftiger Lösung findet, als das jetzige Projekt. Deshalb sind wir bei der Verbesserung ebenfalls dabei. Das Postulat ist ein wenig einseitig, deshalb stimmen wir dem nicht zu. Die Zielsetzung ist klar, Kapazitätserhalt und eine bessere Lösung für das Velo und auch für den übrigen Langsamverkehr, insbesondere für die Fussgänger.

Simone Brander (SP): Grundsätzlich ist es eine gute Sache, wenn man mit dem Projekt die Innenstadt aufwerten will und mehr Platz schaffen will für Leute, die zu Fuss unterwegs sind. Leider ist seit dem Jahr 2012 nicht viel passiert, dort gab es eine erste Planaufgabe. Jetzt hat man nochmals eine Planaufgabe gemacht und man ist nicht sehr viel weiter gekommen. Ausser, dass sich das Projekt in Richtung Vorteil für den Autoverkehr verändert hat. In der aktuellen Planung gibt es viel zu wenige Vorteile für den Fuss- und Veloverkehr. Heute wurde auch noch der Bericht zu den nicht

17 / 51

berücksichtigten Einwendungen zum Projekt publiziert. Ein Veloweg in beide Richtungen soll nicht umgesetzt werden. Deshalb kommt das Postulat zum richtigen Zeitpunkt, um der Forderung einer guten Veloverbindung durch die Uraniastrasse Nachdruck zu verleihen.

Mario Mariani (CVP): Ich benutze das Velo sehr viel in der Innenstadt und muss sagen, durch die Uraniastrasse würde ich nie durchfahren. Sichere Velorouten sind diejenigen, vor allem für weniger Geübte, die nicht an den Hauptverkehrslinien durchführen. Eine ist die Uraniastrasse, wenn es klappt mit dem Ausbau des Zweirichtungsverkehrs. Eine andere die Sihlstrasse, die sich auch in Übereinstimmung mit dem Richtplan für die Veloroute anbietet. Deshalb lehnt die CVP das Postulat ab.

Sven Sobernheim (GLP): Der Kapazitätserhalt, den die FDP fordert, ist unbestritten. Aus dem Bericht der nicht berücksichtigten Einwendungen ist erkennbar, dass niemand wirklich mit dem Projekt zufrieden ist. Deshalb ist es gut, wenn man das Projekt nochmals zurücknimmt und inhaltlich überarbeitet. Dies mit der Forderung, die im Postulat steht.

Derek Richter (SVP): Man vergisst, dass ein ganz wesentlicher Punkt noch mitspielt, nämlich der Gegenvorschlag der Anti-Stau-Initiative. Wir haben dort eine kantonal klassifizierte Strasse und mittlerweile hat der kantonale Souverän gesagt, in welche Richtung es geht. Das ist keine schlechte Sache.

S. 247	35 3515 3182 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
119.	Antrag Stadtrat				5 386 000	Minderheit
			100 000		5 286 000	Mehrheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Grüne: Planung gemäss Begleitpostulat «Uraniastrasse» überarbeiten; FDP: Projekt überarbeiten bei Erhalt der Kapazität

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 121. und 122. (Postulat GR Nr. 2017/440).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3568/2017): Die Zollstrasse ist nördlich des Hauptbahnhofs so etwas wie der erweiterte Bahnhofplatz im Kreis 5. Es erscheint uns nicht zielführend, wenn dort nach wie vor der Durchgangsverkehr für Autos zugelassen wird. Wir haben in Zusammenhang mit dem Gestaltungsplan Zollstrasse, der eher Richtung Langstrasse führt, schon ein Verkehrskonzept vorgelegt bekommen, das eine Variante mit vier Barrieren vorgesehen hat, damit die Autos nicht mehr dort durchfahren können. Wir haben letzthin ein Projekt aufgelegt gesehen. Speziell im vorderen Teil, zwischen der Radgasse und der Zollbrücke, macht es nicht wirklich Sinn, wenn hier Autos durchfahren. Die Passage Sihlquai wird dort erweitert. Es gibt sehr viele Fussgängerinnen und Fussgänger und einen regional klassierten Radweg. Es ist sehr schwierig, diese beiden Verkehrsarten auf dem gleichen Raum aneinander vorbeizubringen. Zusätzlich noch Autos durchführen zu lassen, scheint uns nicht geeignet. Wir wollen, dass weiter geplant wird, aber anders, im Sinne unseres Postulats. Wir halbieren den Kredit, damit die Planung nach den neuen Vorgaben möglich ist. Deshalb bitten wir, dass einerseits dem Budgetantrag und andererseits dem Postulat zugestimmt wird.

Stephan Iten (SVP) begründet den Antrag der Kommissionsminderheit, stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Pläne des Strassenbauprojekts der Zollstrasse lagen öffentlich auf. Jeder hatte die Möglichkeit, Einwendungen oder Einsprachen zu machen. Es ist nicht das erste Mal, dass man nach einer Planaufgabe, nachdem sämtliche Fristen abgelaufen sind, parlamentarisch vorgeht. Wir haben eine Einwendung eingereicht und halten uns an die Fristen. Wir sind auch nicht damit zufrieden, dass dort eine Begegnungszone realisiert werden soll. Aber jetzt damit anzufangen, jedes Strassenbauprojekt parlamentarisch abändern zu wollen, ist nicht zielführend. Das kostet wieder unnötig Geld, Nerven und Aufwand. Bei der Kürzung machen wir nicht mit. Wir sind nicht nur dagegen, dass in der Zollstrasse eine Begegnungszone entsteht, sondern auch, dass die Strasse autofrei und die Parkplätze aufgehoben werden sollen. Wir haben alle zusammen ein Postulat eingereicht, mit dem Auftrag, dass die Verkehrsströme rund um den Hauptbahnhof nachhaltig von allen Verkehrsteilnehmern besser abgestimmt werden. Mit dieser Massnahme soll das immer grösser werdende Verkehrsaufkommen besser bewältigt werden. Eine entsprechende Weisung wird gerade in der Kommission behandelt. Darin wird aber unter anderem auch die Zollstrasse erwähnt. Zu den Verkehrsströmen gehört auch der motorisierte Individualverkehr (MIV). Doch mit dem Postulat will man einmal mehr das Auto gegen alles ausspielen und verdrängen. Es kann nicht sein, dass man einseitig etwas fordert, was ursprünglich gar nicht so angedacht war. Wir wollen, dass sämtliche Verkehrsteilnehmer gleich berücksichtigt werden, so wie es im ursprünglichen Postulat auch gefordert wird. Selbstverständlich lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Man kann für oder gegen den Durchgangsverkehr sein, doch die Begegnungszonen findet niemand gut. Deshalb sind auch wir der Meinung, dass man das Projekt überarbeiten muss. Aus unserer Sicht muss der Durchgangsverkehr erhalten bleiben. Wo der Bahnhofplatz sein soll, sehe ich nicht, dort befindet sich der Zugang zu den Gleisen. Im Endeffekt, wenn man alle Strassen beschränkt, gibt es nur noch eine grössere unbefriedigende Situation. Deshalb sollte der Quartierverkehr dort fahren können wie bisher. Nicht zielführend ist die Mischlösung, die man heute geplant hat, weshalb wir das Projekt überarbeiten wollen.

Sven Sobernheim (GLP): Wenn uns ein Projekt stört, sagen wir das auch. Die Begegnungszone vor dem St. Gallerhof bei der Radgasse ist ein solches Projekt. Dort hat man versucht, alles in den vorhandenen Raum zu pressen, was das städtische Möblierungskonzept zulässt. Es ist unverständlich, den Platz so zu beengen, obwohl man Personenströme in alle Himmelsrichtungen hat. Das Projekt muss man definitiv überarbeiten, doch auch das Postulat sollte überwiesen werden. Wir wollen damit das, was der Richtplan fordert und einen öffentlichen Raum, der Platz schafft für die Bewegungen in diesem.

Markus Hungerbühler (CVP): Wir sind auch klar der Meinung, dass dort keine Begegnungszone stattfinden sollte. Man kann sicher nochmals schauen, was man dort besser machen kann. Jedoch lehnen wir den Vorstoss ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es besteht kein Grund, sich über das Postulat aufzuregen. Es ist wieder einmal ein typisches Kampfpostulat gegen das Auto. Will man den Autoverkehr noch mehr behindern, schafft man zusätzlich ein Projekt für eine Begegnungszone. Ob dies positiv ist und wem man dort begegnen will, ist eine ganz andere Frage. Die Vorstösse erzeugen viel Lärm, aber keine Wirkung.

Simone Brander (SP): Man begegnet dort sehr vielen Menschen, die an diesem sehr zentralen Ort zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind. Die Einwendungsfrist zum Projekt für den Teil, der näher beim Hauptbahnhof ist, läuft erst am 12. Januar 2018 ab. Man sollte den Input aber sinnvollerweise dann machen, wenn man das Projekt noch beeinflussen kann. Bevor die Verwaltung fertig geplant hat und wir im Gemeinderat allenfalls wieder etwas ändern müssen. Man sollte von Anfang an der Verwaltung die Wünsche des Gemeinderats mitteilen, um ein solches Projekt sinnvoll zu planen. Ursprünglich war das Projekt anders angedacht. Auch mit einem Geschäft zusammenhängend, das wir im Gemeinderat schon beschlossen hatten, in Übereinstimmung mit dem Gestaltungsplan der SBB an der Zollstrasse. Darin stand klar, dass die Zollstrasse mehr Platz schaffen soll für diejenigen, die zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind und mit den beiden aktuellen Projekten, die aufgrund der Planaufgabe vorliegen, ist das einfach nicht gegeben. Über den Louis-Favre-Platz wurde bereits ausführlich informiert. Denn die Strassenbenennungskommission hat diesen vor vier Jahren so benannt. Damit wir die Menschenströme bewältigen können, die dort unterwegs sind, bitte ich auch um die Zustimmung zum Postulat.

Florian Utz (SP): Der Stadtrat weist in seinem Interesse gebundene oder nicht gebundene Kosten aus, um darauf hinzuweisen, was gebunden ist. Unterlässt dies der Stadtrat, könnte die Gegenseite alles streichen. Im Tiefbauamt wird eher zu wenig als zu viel geplant. Darum hat auch die Velorouteninitiative an einem Tag das Anderthalbfache der nötigen Unterschriften zusammen bekommen, weil die Bevölkerung das Problem erkannt hat. Das, was an Planungskosten beantragt wird, soll das Tiefbaudepartement auch bekommen. Wir erwarten natürlich dafür, dass damit gute Projekte realisiert werden.

S. 247	35 3515 3182 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
123.	Antrag Stadtrat				5 386 000	Mehrheit
			386 000		5 000 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Bauprogramm weist keinen Unterschied zwischen freien und gebundenen Kosten aus		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 124.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Der sogenannte Kartoffelmarkt liegt im Perimeter der Rämistrasse. Bei den 100 000 Franken für die Rämistrasse geht es darum, dass der Stadtrat im Jahr 2017 den Auftrag hatte, unsere Motion für einen Veloweg an der Rämistrasse zu planen. Das hat er in einer Machbarkeitsstudie umgesetzt. Die Frist der Motionantwort läuft bis zum 18. Januar 2018. Wir haben gefragt, ob dann weitergeplant wird und es hiess, dafür sei kein Geld eingestellt. Die Planungsarbeiten wären in reduziertem Umfang durch Umlagerungen dennoch möglich. Wir möchten aber nicht, dass die Planungen nur in reduziertem Umfang vorangetrieben werden, sondern dass man den Veloweg an der Rämistrasse weiterplant, damit man ein Vorprojekt erarbeitet. Dafür sind 100 000 Franken vorgesehen. Der Kartoffelmarkt und die Rämistrasse sind relativ eng

miteinander verknüpft, denn wir können uns nicht vorstellen, dass ein Veloweg an der Rämistrasse realisiert werden soll, ohne dass man dies auch beim Kartoffelmarkt durchführt. Wir mussten dem Projekt entnehmen, dass beim Kartoffelmarkt überhaupt keine Velomassnahmen geplant sind. Die beiden Projekte müssen koordiniert miteinander geplant werden. Wir möchten nicht zwei Einzelprojekte, die nacheinander saniert werden. Wir wünschen uns eine integrale Planung und möchten deshalb den Kartoffelmarkt für 2018 aus dem Budget streichen.

Stefan Urech (SVP): *Das Konto kommt einem Verkehrsteilnehmer zugute, der in der Stadt oft vernachlässigter ist, als die vernachlässigten Ameisen, und das sind die Fussgänger. Wir möchten bei den Fussgängern nicht sparen und vertrauen auf den eingestellten Betrag.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *In der Begründung steht noch, den Kartoffelmarkt zu streichen. Tatsächlich macht es Sinn, nicht erst den Kartoffelmarkt zu sanieren und dann die Rämistrasse. Deshalb sind auch wir dafür, dies zu koordinieren. Das ist auch wichtig, damit man die Leistungsfähigkeit der Rämistrasse erhalten kann.*

S. 250	35 3515 510101	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Fussgängeranlagen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
124.	Antrag Stadtrat				5 216 200	Minderheit
			452 700		4 763 500	Mehrheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Grüne: Kartoffelmarkt: streichen, Projekt überarbeiten, Koordination mit Projekt Rämistrasse; FDP: Kartoffelmarkt: Projekt mit Rämistrasse koordinieren unter Erhalt der Leistungsfähigkeit der Rämistrasse

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

23 / 51

Antrag 125.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Im Bereich Werdhölzli fällt ein unverhältnismässiges, nicht begründetes Kostenwachstum auf. In der Rechnung 2015 reichten noch 30 000 Franken, mittlerweile sind 70 000 Franken budgetiert. Es wird auf Vorrat budgetiert, wir fordern eine Verbesserung von 40 000 Franken.

Florian Utz (SP): Im Vergleich zum Budget 2017 wurde für das Werdhölzli mit 10 000 Franken weniger geplant. Es wird bereits vom Stadtrat her gespart. Wir unterstützen die Sparmassnahme und denken, dass sie ausreichend ist.

S. 256	35 3535 3107 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
125.	Antrag Stadtrat				125 000	Mehrheit
			40 000		85 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Stopp Ausgabenwachstum im Bereich Werdhölzli

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 126.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Auch in diesem Bereich wird Jahr für Jahr immer mehr Geld ausgegeben. Der Gemeinderat hat schon im Budget 2017 eine Kürzung beantragt, jetzt wird wieder eine Erhöhung gefordert. Wir fragen uns, wo hier die Sparmassnahmen bleiben. Allein im Dienstleistungsbereich Werdhölzli sind 41 000 Franken budgetiert. Dies wird begründet mit Spesen aller Art, Sitzungen und Geschäftsessen. Aus unserer Sicht gibt es auf diesem Budgetposten ein grosses Sparpotenzial. Wir fordern eine Verbesserung von 78 500 Franken.

25 / 51

tionieren, wenn sie einmal gebaut ist.

Weitere Wortmeldungen:

Dubravko Sinovcic (SVP): Wir sind davon ausgegangen, dass man auch die Begründung zu den 600 000 Franken gelesen hat. Das Projekt war eigentlich mit über einer Million Franken budgetiert. Wir haben den Betrag runtergesetzt, weil wir denken, dass man sich nicht sicher ist über die Funktionalität und deshalb ein Pilotprojekt macht.

S. 262	35 3535 511010	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Klärwerk Werdhölzli: Neubau Fotovoltaik-Anlagen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
127.	Antrag Stadtrat				600 000	Mehrheit
			600 000		0	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
						Begründung: Unnötige Anlage, Funktionalität unsicher

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 128.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Es geht hier um die Etappe 3b der Quartieranbindung Oerlikon Ost. Das Projekt war Teil einer Volksabstimmung über den Ausbau des Bahnhofs Oerlikon. Nach der Zeitplanung, die das Volk beschlossen hat, müsste das Projekt bereits im Bau sein. Aber im Moment ist es nicht einmal im Budget als Planung vorgesehen. Um den Rückstand gegenüber dem Volksentscheid nicht allzu gross werden zu lassen, möchten wir die Planungskosten einstellen.

Michael Baumer (FDP): Es geht nicht nur um den Zeitplan, sondern auch um die Koordination mit den übrigen Projekten. Es ist nicht mehr das Ursprungsobjekt. Aus den Antworten wurde klar, dass die Verwaltung das Projekt mit dem Gleisersatz der VBZ koordinieren möchte, sobald dieser nötig ist. Es gab im Bahnhof Oerlikon jahrelang eine

Baustelle, jetzt kann man endlich vernünftig passieren. Man sollte jetzt nicht nochmal eine Baustelle machen, um nochmal eine Baustelle zu machen, um die Gleise zu erneuern. Die Koordination ist auch für die Benutzerinnen und Benutzer des Bahnhofs wichtig. Es geht nicht nur um eine finanzielle Frage, sondern auch darum, den Bahnhof irgendwann einmal benutzen zu können und nicht nur vor Baustellenabschränkungen zu stehen. Da es erst Sinn macht, dies zu projektieren, wenn auch der Gleisersatz ansteht, macht es auch keinen Sinn jetzt Projektierungsgeld einzustellen, weshalb die Mehrheit dies ablehnt.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Es macht erst dann Sinn, das Projekt zu planen, wenn es soweit ist, haben wir gehört. Auch für Trambenutzer sei die Haltestelle gut. Als die VBZ die Buslinienumlegung der Linie 75 geplant hat, ging sie davon aus, dass die Haltestelle eine Fahrbahnhaltstelle wird oder zumindest eine Haltestelle am Strassenrand und nicht mitten auf der Strasse. Dass man als Busbenutzer einfach auf die Strasse läuft, ist weder für den MIV, für den ÖV noch für den Fussgänger eine optimale Situation. Dass man das Projekt gestoppt hat, kann man nicht mehr ändern. Es ist aber sicher so, dass die Situation bis 2025 oder 2030 so bleiben soll. Die Situation ist für alle Verkehrsträger untragbar. Daher gibt es auch den Vorstoss, der hoffentlich diesen Frühling endlich überwiesen wird. Damit, wenn der Vorstoss überwiesen wird, die 100 000 Franken auch für die Planung ausreichen, wechseln wir zur Minderheit und unterstützen den Kredit.*

Michael Baumer (FDP): *Es geht nicht darum, ob es eine ideale Situation ist. Alle Punkte, die aufgezählt wurden, sind tatsächlich suboptimal. Nur zweimal eine Baustelle an diesem Ort, nachdem hier nun zwei Jahre eine Baustelle war, will wirklich niemand.*

S. 251	35 3515 513000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
128.	Antrag Stadtrat			100 000	9 343 400	Mehrheit
					9 443 400	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Projektierung der Etappe 3b der Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon			
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP) Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

27 / 51

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 74 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 129.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Es ist sicher sinnvoll, wenn man die Bevölkerung über die sensiblen Themen der Abfallbewirtschaftung immer wieder orientiert. Wir lehnen den Budgetposten ab, weil er jedes Jahr zunimmt. Es ist eine typische Begehrlichkeit der Verwaltung, solche Budgetposten jährlich zu erhöhen, auch für unsinnige Projekte. Dies kommt dann wieder linken Gruppierungen und Vereinen zugute, die das durchführen wollen. Deshalb fordern wir, hier 60 000 Franken zu kürzen.*

Florian Utz (SP): *Die Mehrheit sieht die Kostenexplosion nicht. Im Budget 2017 hatten wir 99 000 Franken im Geschäftsbereich Entsorgungslogistik. Im Budget 2018 haben wir 89 000 Franken, das sind 10 000 Franken weniger. Auf dem Budgetposten gibt es keine, wie auch immer geartete Kostenexplosion gegenüber dem Vorbudget. Wir haben aber Mehrkosten gegenüber weiter zurückliegenden Budgets. Der Grund hierfür ist die Bioabfallanlage, die das Volk gefordert hat. Wenn man ein solches neues Projekt umsetzt, das auf den Markt kommt, dann benötigt man gewisse Marketingmassnahmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Wenn man ein neues System einführt, ist es klar, dass man dafür mehr Geld benötigt. Dann soll man es aber umlagern von den Projekten, die schon abgelaufen sind und nicht immer neues Geld beantragen.*

S. 263	35 3550 3107 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
129.	Antrag Stadtrat				252 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			60 000		192 000 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

28 / 51

Begründung: Wachstum Bereich Entsorgungslogistik unnötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 130. und 131. (Postulat GR Nr. 2017/426).

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Die Rolf Bossard AG hat flüssige Mittel, die um 100 000 Franken zu hoch sind, als das, was man benötigt. Wir gehen davon aus, dass dies auch ein Beitrag ist, um eine sozialverträgliche Lösung der Fragen rund um die Rolf Bossard AG zu finden. Es geht hier um 36 Chauffeure und Logistiker und nochmals zehn Mitarbeitende.

S. --	35 3550 4225 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Dividenden				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
130.	Antrag Stadtrat		100 000		0 - 100 000	Zustimmung Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Abführung übersetzter Ertrag Rolf Bossard AG durch Dividendenzahlung

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 132.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Wir behandeln die Problematik um die ZAV Recycling AG in Hinwil. Wir hatten eine Volksabstimmung im März 2015 über die Trockenschlacke-Aufbereitung im Werk Hagenholz. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass die damals angekündigte Vergünstigung durch die Trockenschlacke-Entsorgung in Hinwil nicht eingetre-

ten ist, es ist erheblich teurer geworden. Die ZAV Recycling AG, bei der wir mit einer Million Franken beteiligt sind, ist unterfinanziert und musste einen Kredit aufnehmen. Es ist klar, dass Zürich im Jahr 2018 über eine Refinanzierung entscheiden muss. Der Gemeinderat wird eine Weisung bekommen, die Summe des Maximalbetrags der Refinanzierung beläuft sich auf vier Millionen Franken. Es kann sein, dass der Antrag ein wenig tiefer ist, aber vermutlich nicht. Im Sinne einer korrekten Budgetierung, beantragt die RPK-Mehrheit die Summe einzustellen und bittet den Stadtrat möglichst bald über die Situation zu informieren.

Shaibal Roy (GLP): Unseres Erachtens ist eine korrekte Budgetierung immer noch eine Aufgabe des Stadtrats. Es gibt Elemente, bei denen im Nachhinein klar ist, dass man sie noch ins Budget eintragen muss. In dem Fall ist es nicht so. Der Maximalbetrag beträgt vier Millionen Franken, wir haben aktuell eine Minderheitsbeteiligung. Ob man diese behält oder erhöht, ist nicht klar. Einen willkürlichen Betrag von vier Millionen Franken einzustellen, bevor man überhaupt weiss, wie die Sachlage ist, ist unserer Meinung nach nicht der richtige Weg. Der richtige Weg ist, auf die vorgelegte Weisung zu warten und dann entsprechend das Kreditbegehren in dem effektiven Umfang zu unterstützen. Zum heutigen Zeitpunkt ist der Betrag der Maximalrahmen, es ist nicht sinnvoll, diesen einfach in das Budget einzustellen. Wir möchten das Budget mit dem Maximalrahmen nicht künstlich verschlechtern. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Dubravko Sinovcic (SVP): In Unkenntnis der Materie waren wir noch in der Enthaltung. Es ist sehr schwierig für Nicht-RPK-Mitglieder an Informationen zu kommen. Wir gehen aber im vollstem Vertrauen mit der voll informierten RPK-Mehrheit.

Florian Utz (SP): Die Informationen sind alle unter strengster Geheimhaltung. Es ist eigentlich die Verantwortung und Aufgabe des Stadtrats, das zu budgetieren, was notwendig sein wird. Im Zweifelsfall lieber ein bisschen zuviel als zu wenig. Wenn es nicht ausreicht, muss man noch einen Zusatzkredit beantragen. Aber wenn der Stadtrat seine Verantwortung nicht wahrnimmt, dann müssen wir die Verantwortung wahrnehmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Es ist tatsächlich noch nicht klar, in welche Richtung die Reise mit ZAV Recycling geht. Die ZAV Recycling hat deutlich teurer gebaut, als ursprünglich angenommen, ist tendenziell unterkapitalisiert und muss refinanziert werden. Die Firma schreibt langsam wieder schwarze Zahlen. Das Projekt selber, dass man die Trockenschlacke in Hinwil verarbeitet, ist nach wie vor zukunftsweisend. Deshalb kann ich momentan noch nicht genau sagen, in welchem Umfang die Rekapitalisierung stattfinden muss. Man geht aber mit allen vier Partnern davon aus, dass jeder Partner vier Millionen Franken einspeisen muss. Das ist momentan die Prognose. Ich werde aber mit einem ganz konkreten Antrag kommen, der dann im Stadtrat und Gemeinderat wie-

30 / 51

der diskutiert werden kann.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Wir begrüßen das klare Bekenntnis des Stadtrats zum Verfahren, an dem wir beteiligt sind. Wir haben mit 30 Millionen Franken für die Trockenschlacke-Aufbereitung Investitionen in Zürich getätigt, die dann auch in den Sand gesetzt wären. Wir warten gespannt auf die Weisung und eine beschleunigte Behandlung. So dass die Öffentlichkeit auch einmal informiert wird, wieviel man angenommen hat, was es kostet und wieviel es nun real kostet. Das ist die entscheidende Frage: Wieviel zahlen wir als Gebührenzahlende für die Entsorgung? Wir sollten deshalb nicht die Sackgebühr erhöhen. Das ERZ ist stark genug, um den Verlust zu tragen, der sich jetzt angesammelt hat.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Die Sackgebühren werden sicher nicht erhöht, in der nächsten Zeit gehen die Gebühren tendenziell runter.

S. --	35 3550 540009	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Abfall Beteiligung an ZAV Recycling AG				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
132.	Antrag Stadtrat			4 000 000	4 000 000	0 Minderheit Mehrheit Enthaltung
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Felix Moser (Grüne) Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Rekapitalisierung der ZAV Recycling AG durch Erhöhung der Beteiligung muss budgetiert werden			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 133.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Auf dem Budgetposten budgetiert der Stadtrat 45 000 Franken für die Bekanntmachung des Projekts der Fernwärmeverbindungsleitung zwischen dem Werk Hagenholz und der Josefstrasse. Das Projekt ist aktuell in der Kommissionsberatung und dazu wird es noch eine Volksabstimmung geben. Die Medien werden noch exzessiv darüber berichten, es wird eine Abstimmungszeitung geben mit Informationen zu dem Projekt. Deshalb sind die Werbekosten völlig unnötig und nicht opportun. Wir beantragen eine Verbesserung von 45 000 Franken und fordern, dass man auf die Informationen verzichtet.

Florian Utz (SP): Das Konto wurde gegenüber dem Budget 2017 nicht erhöht, sondern es ist gleich geblieben. Dort sind auch noch ganz viele andere Sachen eingestellt. Die Minderheit vertraut dem TED, dass dieses den gleichen Betrag wie in den Vorjahren ausgibt und nicht mehr, für Dinge, die opportun und wichtig sind.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP steht noch in der Enthaltung und wechselt jetzt zur Mehrheit. Wir waren erst unsicher, ob wir politische Werbung durch die Stadt finanzieren lassen sollen. Es geht hier aber darum, dass man die Vorteile eines wirklich umfangreichen Projekts dem Quartier aber auch bestehenden Kunden klar macht und das durchaus mit einem vernünftigen Betrag.

Dubravko Sinovcic (SVP): Die Vorteile der Verbindungsleitung zu preisen, kann ich nicht nachvollziehen. Das Projekt ist noch in der Beratung und es ist noch gar nicht klar, welche Vorteile es bringt, weil das Projekt sehr umstritten ist.

S. 269	35 3555 3107 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
133.	Antrag Stadtrat				85 000	Mehrheit
			45 000		40 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung:	Werbung für Verbindungsleitung unnötig		
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Shaibal Roy (GLP)

32 / 51

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 134.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Es geht um zwei Autos, die ersetzt werden sollen. Das eine Fahrzeug hat 64 500 gefahrene Kilometer, das andere 94 000 Kilometer, ein Auto aus dem Jahr 2010. Die Fahrzeuge sind also weder alt, noch viel gefahren worden. Sie sind auch nicht in einem besonders schlechten Zustand. Wir finden, hier kann man gut sparen, denn die Autos sind noch in Ordnung.*

Michael Baumer (FDP): *Wenn man jetzt bei jedem einzelnen Fahrzeug der Stadtverwaltungsflotte die gefahrene Kilometerzahl nachprüfen will, sind wir in drei Wochen noch mit der Budgetdebatte beschäftigt. Die Minderheit lehnt dies ab.*

S. 269	35 3555 3111 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
134.	Antrag Stadtrat				227 000	Minderheit
			80 000		147 000	Mehrheit
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Die beiden zu ersetzenden Autos wurden wenig gefahren und sind noch in gutem Zustand		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 135.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): In der Rechnung 2016 ist auf dem Konto ein weitaus tieferer Betrag ausreichend. Aus unserer Sicht ist ein Mehrbedarf im Budget 2017 nicht begründet und somit auch nicht notwendig. In der Detailaufstellung sieht man, dass bei einzelnen Posten mit Beträgen budgetiert wird, die teilweise im sechsstelligen Betrag über den letzten Rechnungen der Vorjahre liegen. Unserer Meinung nach ist dies eine Budgetierung auf Vorrat und wir fordern eine Verbesserung von 400 000 Franken und somit auch die Budgetierung gemäss Rechnung 2016. Im Rahmen der Räumung der Hanfanlagen sind auch Aufträge an die Rolf Bossard AG vergeben worden, mit der Begründung «Hundertprozentige Tochter der Stadt». Wir hoffen, dass die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) diese Verflechtungen noch genauer anschaut und ob die Begründung ausreicht.

Florian Utz (SP): Der Teil der Rolf Bossard AG-Ausgaben wurde früher über ein anderes Konto budgetiert. Wenn man hier eine Umschichtung vornimmt, weil man der Meinung war, dass die bisherige Budgetierung nicht richtig ist und es neu korrekt budgetiert, gibt es halt auf dem neuen Konto entsprechende Mehrausgaben. Für die Mehrheit sind die nicht realen Mehrausgaben gut begründet.

S. 275	35 3560 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
135.	Antrag Stadtrat				3 009 400	Mehrheit
			400 000		2 609 400	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
						Begründung: Budgetieren gemäss Rechnung 2016

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 136.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Guido Hüni (GLP): Für die Anschaffung von Kehrsaugmaschinen beantragt die Mehrheit eine Kürzung von 1,8 Millionen Franken um 100 000 Franken. Im Jahr 2016 ist eine Mittelkehrsaugmaschine nicht beschafft worden und der jetzige Sauberkeitsstandard in der Stadt konnte nicht mehr gehalten werden. Gerade weil die Mittelkehrsaugmaschine nicht gekauft werden konnte, lag im Herbst zu viel Laub und gerade das erhöht das Risiko von Schadensersatzansprüchen an die Stadt. Der Befund auf den Verkehrsachsen im Herbst war nicht nachvollziehbar. Wir reden hier von einer Kostenreduktion von knapp 5 Prozent. Die Antworten der Verwaltung, hinsichtlich eines konkreten Vorschlags, was mit 100 000 Franken weniger genau gemacht werden würde, waren sehr unbefriedigend. Ausserdem ist auch in der Flottenstrategie nachzulesen, dass die bisherige Kehrsaugmaschine nur 3 Prozent ihrer Leistung im Winterdienst abrufen kann und beide Varianten nun durch multifunktionale Maschinen ersetzt werden. Es wurde also eine falsche Strategie in der Vergangenheit verfolgt und diese soll nun schnellstmöglich geändert werden. Dies tönt auch suspekt und ist ein weiterer Grund, um 100 000 Franken weniger zu budgetieren. Die Stadtreinigung kann sich Zeit lassen, um ihre Flottenstrategie zu überdenken, damit sie nicht in Zukunft schon wieder geändert werden muss.

Florian Utz (SP): Die Stadt wird nicht im Laub versinken, wenn man 100 000 Franken streicht. Trotzdem hält es die Minderheit für richtig, wenn man der Stadtreinigung die nötigen Mittel spricht, um die Fahrzeuge besorgen zu können.

S. 275	35 3560 500002	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
136.	Antrag Stadtrat				1 880 000	Minderheit
			100 000		1 780 000	Mehrheit
		Begründung:	Sauberkeitsstandard kann auch mit reduziertem Budget eingehalten werden			
						Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 137.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dubravko Sinovcic (SVP): Grün Stadt Zürich budgetiert eine Million Franken für eine Erweiterung eines bestehenden Grabfelds für Muslime. Die Stadt konnte nicht schlüssig erklären, warum eine Religionsgemeinschaft, die keine Landeskirche ist, bevorzugt werden soll. Es gibt kein städtisches Grabfeld für Juden. Es gibt keinen Grund, die muslimischen Organisationen bevorzugt zu behandeln und sie sollten ihre Grabfelder, sofern sie separate Grabfelder wünschen, selber finanzieren. Das kantonale Recht sieht explizit die Möglichkeit vor, dass Religionsgemeinschaften separate Grabfelder haben dürfen, wenn sie diese selber finanzieren. Diese Aufgaben muss nicht unbedingt die Stadt bereitstellen. Wo genau ist die Abgrenzung? Wo hört die Aufgabe der Stadt auf und wo fängt sie an? Müssen wir noch für andere Religionsgemeinschaften separate Grabfelder stellen? Die Antworten von Grün Stadt Zürich waren unbefriedigend. Wir mussten mehrmals nachfragen, was genau geplant ist und wie hoch die Kosten sind. Ein Argument einer separaten Grabanlage war, dass man die Muslime in der Stadt integrieren will. Wenn man Integration in diesem Bereich machen will, muss man Grabanlagen für alle Religionsgemeinschaften zur Verfügung stellen. Wir fordern, dass man auf die Erweiterung einer solchen Grabanlage verzichtet, die muslimischen Religionsgemeinschaften diese selber finanzieren und man eine Million Franken auf diesem Posten verbessert.

Florian Utz (SP): Grün Stadt Zürich hat die Fragen ausführlich beantwortet. Auch der Stadtrat hat dazu Stellung genommen mit den Worten: Wer hier lebt und arbeitet, soll auch würdig bestattet werden, nicht mehr und nicht weniger. Genau darum geht es. Wir möchten den Menschen, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, die Möglichkeit geben, nach ihren Vorstellungen und Wünschen bestattet zu werden. Überführungen in andere Länder, zu einem Zeitpunkt, wenn die Angehörigen am Trauern sind, sind nicht angemessen und eine Diskriminierung über den Tod hinaus.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Eine Antwort von Grün Stadt Zürich war, dass das separate, vom Staat finanzierte Muslim-Grabfeld, ein wichtiger Schritt zur Integration ist. Wir haben im Budget über ungefähr acht Konten, und im Schuldepartement kommen nochmals ungefähr zwanzig dazu, hunderttausende von Franken für Integrationsmassnahmen ausgegeben. Der letzte Integrationsschritt ist jetzt noch ein separates Grabfeld. Wenn ich irgendwo in einem arabischen Land sagen würde, dass ich ein separates christliches Grabfeld will und der Staat dafür noch zahlen muss, dann habe ich mich dort also gut integriert?

36 / 51

S. 278	35 3570 5502 1000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Bau und Erweiterung von Friedhofanlagen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
137.	Antrag Stadtrat				760 000 1 000 000 N	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			1 000 000		760 000	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Erweiterung Muslimgrabfeld nicht nötig			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 138.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Im Oktober 1991 gab es einen Stadtratsbeschluss für ein Alleenkonzept. Man wollte die Teerwüsten in Zürich mit Alleen bepflanzen, vor allem stark befahrene Strassen. Doch in einem Stadtratsbeschluss vom Jahr 2015 hat sich dann gezeigt, was es mit diesen Bäumen auf sich hat. Neben der neuen Kapphaltestelle bei der Haltestelle Siemens an der Albisriederstrasse hat man beispielsweise Ersatzbäume so neu angeordnet, dass es wieder eine sogenannte Verkehrsberuhigung gegeben hat. Dies ist das Resultat des gutgemeinten Beschlusses von 1991, das ist Missbrauch und geht gegen Treu und Glauben beim Bürger. Wenn man das Bauprogramm von 2018 anschaut und darauf bezieht sich ja das Budget, sind etwa 120 Strassen darin enthalten und etwa 641 Bäume sollen neu gepflanzt werden. An der Limmatstrasse sollen es sieben neue Bäume sein, die Anwohner sind aber dagegen. Man hat damals für das Tram die Vorgärten enteignet und jetzt will man dort wieder Bäume pflanzen und wieder Kapphaltestellen erstellen. An der Lagerstrasse sollen 62 neue Bäume gepflanzt werden. Es ist zu befürchten, dass neben der siebenspürigen Veloautobahn, die dort realisiert werden soll, wieder eine geniale Verkehrsbehinderung mit Bäumen angedacht ist. Die Einhausung der Autobahn: Das sind 300 Bäume, also ein Wald, wer pflegt diesen nachher? Das gibt Folgekosten von ungeahnter Höhe, man muss mindestens noch zwei Förster anstellen. Man sollte jedes Projekt anschauen und die unnötige Bepflanzung und Verkehrsbehinderung durch Bäume sicher prüfen. In gewissen Fällen sollen Bäume

37 / 51

ersetzt werden, aber man sollte den Einzelfall berücksichtigen. Deshalb schlagen wir vor, das Budget um 50 Prozent zu kürzen.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit nimmt das Feedback aus der Bevölkerung ganz anders wahr. Ich habe noch nie gehört, dass die Stadtzürcher sich über zu viel Grünfläche und Wälder beschwerten. Das pure Gegenteil ist der Fall, die Leute schätzen es, wenn Alleen und Grünraum realisiert werden. Das ist ein Teil der Lebensqualität, die Zürich ausmacht. Selbst wenn es einen zusätzlichen kleinen Wald in Schwamendingen gibt, erhöht dies die Lebensqualität und deshalb stimmt die Mehrheit aus Überzeugung mit dem Stadtrat.

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): Ich weiss nicht, mit welchen Bewohnern die SP redet. Ich rede mit Bewohnern, die sich furchtbar über das Thema aufregen.

S. 279	35 3570 5502 8200	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Grün Stadt Zürich Ersatz von Strassenbäumen im Rahmen von Strassenbauten: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
138.	Antrag Stadtrat				960 000	Mehrheit
			480 000		480 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung:	Bäume zurückhaltender ersetzen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 139.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Auf diesem Konto liegen 73 Millionen Franken für Grün Stadt Zürich. Dass es in Zürich so schön ist, ist den fleissigen Stadtgärtnerinnen und Stadtgärtnern zu verdanken. Ihnen gebührt grosser Respekt und grosser Dank. Sie sind nicht das Problem der 73 Millionen Franken. Es ist die Verwaltung, die jedes Jahr vom Steu-

erzahler mehr Geld fordert, um damit nicht immer nur Sinnvolles anzustellen. Das Geld will man beispielsweise für Vertikalbegrünungen ausgeben, um nun noch Fassaden zu bepflanzen oder für Projekte wie Natur ums Schulhaus. Auch Urban Gardening steht auf der langen Liste. Doch wer seinen Kohl auf dem Balkon pflanzen will, kann dies auch ohne städtisches Geld machen. Der Auftrag der SVP an die Verwaltung lautet klar, alle Ausgaben zu überprüfen. Man soll im Einzelfall entscheiden, ob ein Projekt nötig ist oder dieses nicht auch von Privaten kostengünstiger umgesetzt werden kann. Absolut nicht gespart werden soll aber an den Leuten an der Basis, an Stadtgärtnerinnen und Stadtgärtnern. Wir fordern eine Saldoreduktion von 10 Prozent, was ohne Qualitätseinbusse umsetzbar ist.

Florian Utz (SP): Mit Outsourcing, egal ob man dafür oder dagegen ist, wird es nicht primär billiger. Wenn man keine Gärtnerinnen und Gärtner von Grün Stadt Zürich hat, sondern einen Dritten, der die Arbeit übernimmt, wird es so oder anders nicht massiv teurer oder billiger. Die Kosten bleiben in etwa gleich. Hingegen kann man, wenn man auf diverse Begrünungen verzichtet, die sieben Millionen Franken sparen. Das findet die Mehrheit aus Überzeugung aber nicht richtig. Gerade Vertikalbegrünungen sind eine gute Möglichkeit, in einer dichter werdenden Stadt Grünraum zu schaffen, für ein gutes Klima und für frische Luft zu sorgen. Es gibt sogar Städte, die, unabhängig von Fassaden, einzelne Blöcke mit Vertikalbegrünungen aufstellen. Wenn man in der Nähe eines solchen Blocks ist, wird das Atmen spürbar angenehmer, das ist wirklich Lebensqualität. Die Bevölkerung ist dankbar für die Arbeit von Grün Stadt Zürich und wir möchten diese Arbeit nicht verkürzen.

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): Die Begründung ist typisch dafür, dass die Budgets Jahr für Jahr so massiv steigen. Man findet immer wieder Neues, was sich die Bevölkerung offensichtlich wünscht. Ich würde gerne einmal eine Abstimmung diesbezüglich vorschlagen.

Florian Utz (SP): Wir haben über den Gegenvorschlag zur Grün Stadt Zürich-Initiative abgestimmt, das Resultat ist bekannt.

S. 111 35		TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
3570		Grün Stadt Zürich			
Saldo		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
139.	Antrag Stadtrat			73 011 800 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

39 / 51

7 400 000

65 611 800 Minderheit

Stefan Urech (SVP)
Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Ausgabenüberprüfung, Vergabe von Arbeiten an private Unternehmen, weniger Öffentlichkeitsarbeit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 140.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): *Wir sehen hier eine Verbesserung von 19 000 Franken, aufgrund unserer Erfahrungswerte.*

Raphaël Tschanz (FDP): *Die FDP-Fraktion wechselt zur Minderheit.*

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): *Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass korrekt budgetiert worden ist und das man den Betrag so sprechen soll, wie der Stadtrat ihn gewünscht hat.*

S. 282 **40**
4000
3170 0000

HOCHBAUDEPARTEMENT
Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung
Reise- und Spesenentschädigungen des Personals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
140.	Antrag Stadtrat			69 000	Mehrheit
		19 000		50 000	Minderheit

Raphaël Tschanz (FDP)
Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Stefan Urech (SVP)
Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP)

Begründung: Gemäss Erfahrungswerten der letzten 3 Jahre

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 141.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Reto Vogelbacher (CVP): Ich beantrage die Zustimmung zur Verbesserung um 50 000 Franken. In der Vergangenheit ist in der Rechnung stets ein Betrag von etwa 100 000 Franken oder weniger benötigt worden. Im Budget 2018 sind jetzt 150 000 Franken eingesetzt. Vor allem im Bereich Strategieüberarbeitung kann man noch warten und auch hinterfragen, ob sie überhaupt notwendig ist. Es ist immer noch genug finanzieller Spielraum vorhanden.

Stefan Urech (SVP): Die Rechnung stimmt nicht ganz. Zu den 150 000 Franken muss der Novemberbrief von 120 000 Franken addiert werden. Somit sind wir bei insgesamt 220 000 Franken, die der Stadtrat auf einem Konto beantragt, dass in den letzten vier Jahren mit 100 000 Franken besetzt war. Ergo muss man auf dem Konto nicht 50 000 Franken streichen, um auf den letztjährigen Betrag zu kommen, sondern 100 000 Franken. Wir finden es bedenklich, dass die Stadt, die so viele Stadträte, Amtsvorsteher oder Departementssekretäre hat und Studie um Studie in Auftrag gibt, jetzt noch einen externen Strategieberater benötigt, der zur Strategie von der Strategie strategische Hinweise gibt.

Walter Angst (AL): Die Anträge fassen nur auf der Mitteilung, dass man in den letzten Jahren auf dem Konto weniger Geld eingestellt hatte. Es tut dem Hochbaudepartement sicher ganz gut, wenn man noch einmal über die Bücher geht, angesichts der Schwierigkeiten, die man bei der Umsetzung der Investitionsstrategie hatte.

S. 282	40	HOCHBAUDEPARTEMENT
	4000	Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
141.	Antrag Stadtrat			150 000 120 000 N	Minderheit 1	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne)
		50 000		220 000	Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Thomas Schwendener (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 143.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): *Wir wollen die Stellen beim Denkmalschutz bis zum Jahr 2019 um 50 Prozent reduzieren. Ich bin selber in einem alten Bauernhaus aus dem Jahr 1706 aufgewachsen. Der Natur-, Heimat- und Denkmalschutz ist für mich sehr wichtig. In den vergangenen Jahren sind einige Abläufe im Hochbaudepartement besser geworden, was wir immer wieder positiv erwähnt haben. Doch die Denkmalpflege ist eindeutig zu gut dotiert und jetzt ist es an der Zeit, die Prozesse durch Effizienz und Effektivität proaktiv zu verbessern. Wenn so viele Leute einen gesetzlichen Auftrag erledigen müssen, werden sie aktiv in unmöglichen Gebieten und fangen an zu übertreiben, wo Augenmass dringend nötig wäre. So verliert die Denkmalpflege leider an Rückhalt bei Betroffenen und der Bevölkerung. Die Denkmalpflege ist keine exakte Wissenschaft und das macht es schwieriger. Eine pragmatische Einstellung heisst einerseits Vertrauen, dass zu wenig Aktivität der Denkmalpflege selten gravierende Folgen hat. Die Eigentümer schätzen in gesunder Art und Weise ihr eigenes Heim genug, Eigentum verpflichtet. Die Eigentümer werden im Normalfall nicht mutwillig wertvolle Substanz zerstören. Andererseits gibt es auch negative Folgen von zu viel Aktivität. Der Denkmalschutz bremst auch gute Ideen. Damit Neues entstehen und wachsen kann, muss manchmal auch Altes weichen. Vieles, was heute geschützt wird, hätte gar nicht gebaut werden können, wenn der Denkmalschutz beim Bau schon so rigide gewesen wäre. Der gesetzliche Auftrag kann auch mit weniger Personal erfüllt werden, wir wollen keine Musealisierung der Schweiz. Am Schluss entscheidet der Stadtrat bei aller Achtung über die einzelnen Objekte. Aber die vorbereitenden Personen haben sehr viel Macht und es ist für alle Menschen schwierig mit absoluter Macht umzugehen. Die Bemerkung, dass immerhin der Rechtsweg offen steht, ist zynisch. Die Privaten müssen gegen ein Amt klagen und staatliche Gerichte neigen dazu, zu Gunsten von Behörden zu entscheiden. Privatpersonen haben weder Zeit noch Geld für eine Prozessführung. Ich bitte um die Unterstützung für ein pragmatisches Vorgehen, damit die Akzeptanz des Denkmalschutzes nicht verloren geht.*

Stefan Urech (SVP): *Seit Jahren wächst das Amt und tut es weiter. Es gibt Quartierplaner und Gebietsmanager, die Anzahl der in Auftrag gegebenen Studien ist beachtlich. Wir haben uns in der RPK intensiv damit befasst, was die Angestellten alles genau machen. Wir haben gefragt, wieviele Quartierpläne es gibt und wer für die Leitung der Quartierpläne zuständig ist. Uns wurde einerseits gesagt, das Tiefbauamt sei zuständig, dann wieder das Amt für Städtebau. Man hat das Gefühl, dass die Verwaltung selber nicht ganz sicher ist, welche Quartierplangeschäfte jetzt zu priorisieren sind und welche nicht. Wir denken, dass die minimale Kürzung keinen*

Einfluss auf die Lebensqualität haben wird.

Dorothea Frei (SP): Die Projektleitenden haben, neben den Quartierplänen, auch weitere Planungsinstrumente für private und öffentliche Gestaltungspläne, beispielsweise für die Thurgauerstrasse. Oder bei Sonderbauvorschriften, momentan bei der ETH Hönggerberg, der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) um das ganze Hochschulgebiet. Sie leiten auch Planungsinstrumente für Entwicklungsplanungen, für Zentrumsentwicklungen in Affoltern beispielsweise oder sie leiten die ganze Entwicklungsplanung auf dem Josefareal. Wir finden, das Amt leistet eine wichtige Arbeit für die Entwicklung der Stadt und wir finden nicht, dass hier zu viele Mitarbeitende beschäftigt werden.

S. 284	40 4015 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
143.	Antrag Stadtrat				11 274 100	Mehrheit
			230 000		11 044 100	Minderheit 1
			1 274 100		10 000 000	Minderheit 2
			Begründung: FDP: Effizienz und Effektivität der Prozesse in der Denkmalpflege sollen optimiert werden. Die Anzahl Stellen für die Denkmalpflege sollen deshalb innert zwei Jahren von 9.2 um 50 % bzw. im 2018 um 25 % reduziert werden; SVP: Verzicht auf Durchführung diverser Studien zum Thema Verdichtung, Priorisierung einzelner Quartierplangeschäfte, nur noch ein Gebietsmanager pro zwei Entwicklungsgebiete			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(11 274 100)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(11 044 100)	40 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(10 000 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

44 / 51

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 144.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Wir haben letztes Jahr das Budget auf 15 000 Franken reduziert und das Hochbaudepartement hat den Betrag für 2018 nun wieder verdoppelt. Wir denken, dass 15 000 Franken ausreichen. Deshalb verlangen wir, dass das Budget wieder auf das Niveau von 2017 reduziert wird.

Walter Angst (AL): Über die Kürzungen bei der Personalwerbung haben wir schon in der Eintrittsdebatte ausreichend diskutiert. Wir würden dem Amt für Städtebau gerne die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

S. 284	40 4015 3092 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
144.	Antrag Stadtrat				30 000	Mehrheit
			15 000		15 000	Minderheit
			Begründung:	Letztjährige Kürzung des Gemeinderats nicht ignorieren, es ist kein neues Personal notwendig		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

45 / 51

Antrag 145.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Die SVP-Fraktion war sehr zufrieden mit dem Stand der ober- und unterirdischen archäologischen Arbeiten im Jahr 2014. Wir verstehen nicht, warum auf dem Konto für das Jahr 2018 ein viel höherer Betrag eingestellt ist.

Raphaël Tschanz (FDP): Die Frage wurde in der RPK bereits beantwortet. Es geht hier vor allem um Verpackungs- und Konservierungsmaterial für Negative, die für das baugeschichtliche Archiv fachgerecht archiviert werden müssen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass man das Budget so sprechen kann.

S. 285	40 4015 3130 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
145.	Antrag Stadtrat				70 000	Mehrheit
			35 000		35 000	Minderheit
			Begründung:	Ober- und unterirdische archäologische Arbeiten und baugeschichtliche Archivierung Stand 2014 war ausreichend und befriedigend		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 146.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): Die Begründung für die Erhöhung lautet, dass das Spesenreglement des Hochbaudepartements (HBD) ab Anfang Januar 2018 vereinheitlicht wird. Die Harmonisierung führt zu Mehrkosten. Eine Harmonisierung müsste aber doch eher Einsparungen zur Folge haben, sonst ist die Harmonie ein wenig getrübt. Warum eine Harmonisierung zu einer Kostenexplosion führen soll, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir beantragen eine Verbesserung von 29 000 Franken, zurück auf das Budget von

46 / 51

2017. Das Geschäft wurde vom Gemeinderat im letzten Jahr gekürzt. Diese Kürzung sollte nicht ignoriert werden, indem man sie jetzt wieder aushebelt.

Raphaël Tschanz (FDP): Wir haben das schon in den Tabellenanträgen behandelt. Wir sind deshalb der Meinung, dass man hier nicht separat kürzen muss.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Die GLP war noch in der Enthaltung, wir schwenken aber zur Mehrheit. Einerseits sind es nur 21 500 Franken, die nicht durch das Personalreglement gebunden sind, dort sind unter anderem Pauschalspesen enthalten. Es gibt unseres Erachtens auch diskutabile Vergütungen wie beispielsweise runde Geburtstage oder Feiern zu Dienstjubiläen. Wir hätten also durchaus Sympathien für den Antrag der SVP. Das Budget ist hierfür aber der falsche Ort, weil die Auslagen durch das städtische Auslagenreglement und auch durch die Geschäftsleitung des Hochbaudepartements mit dem Spesenreglement unterlegt sind.

S. 285	40 4015 3170 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
146.	Antrag Stadtrat				110 000	Mehrheit
			30 000		80 000	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Kürzung des Gemeinderats nicht ignorieren, Klausuren und Workshops in Zürich organisieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 147.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): Die FDP unterstützt die Minderheit 1 aus den gleichen Gründen wie beim Antrag 143.

Stefan Urech (SVP): Es wurde entschieden, bei den Löhnen des Amts für Städtebau nichts zu kürzen. Die Löhne werden also ansteigen. Folglich müssen demnach auch die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter angehoben werden. Neu will man Studien in Höhe 300 000 Franken realisieren, um das Potenzial von Verdichtung festzustellen. Wir lehnen die Studie inklusive Plakatierungen für Integrationskurse und für die Erinnerung an die Steuererklärung ab.

Dorothea Frei (SP): Es geht um kleinere denkmalpflegerische Projekte, bei denen es um Abklärungen der Schutzwürdigkeit von Gebäuden im Inventar der Kunst- und Kulturhistorischen Schutzobjekte von kommunaler Bedeutung geht. Die Abklärung wird von Eigentümern ausgelöst, die ein gesetzliches Recht haben, abklären zu lassen, ob ihre Liegenschaft schutzwürdig ist. Die Gutachten werden von externen Experten erstellt und sind die Grundlage für die Entscheid der Schutzwürdigkeit durch den Stadtrat zu genehmigen. Wenn man diesen Betrag kürzt, verzögert man Bauprojekte und schadet den privaten Bauträgern.

S. 285	40 4015 3180 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
147.	Antrag Stadtrat				2 240 000	Mehrheit
			50 000		2 190 000	Minderheit 1
			500 000		1 740 000	Minderheit 2
		Begründung:	FDP: Effizienz und Effektivität der Prozesse in der Denkmalpflege sollen optimiert werden. Die Aufwände für die Entschädigung von Dritten, welche die Denkmalpflege betreffen, sollen deshalb in den nächsten zwei Jahren um 50 % bzw. im 2018 um 25 % reduziert werden; SVP: Verzicht auf Studien zum «Potential der Verdichtung» (Fr. 300 000), weniger Aktivismus der Denkmalpflege (Fr. 100 000) und weniger Plakatierung im Kulturbereich, sondern online inserieren (Fr. 100 000)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(2 240 000)	61 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 190 000)	38 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(1 740 000)	<u>22 Stimmen</u>

48 / 51

Total 121 Stimmen
= absolutes Mehr 61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 148.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Auf diesem Konto wurde schon einmal gekürzt, weshalb wir den Betrag auf 70 500 Franken reduzieren. Die GIS-Applikationen, um die es hier geht, werden entwickelt und weiterentwickelt, weil sie auf dem Microsoft Edge Browser nicht mehr funktionieren, jedoch nach wie vor auf dem Internet Explorer. Wenn der Internet Explorer für uns gut genug ist, ist er auch gut genug für das Amt für Städtebau.

Raphaël Tschanz (FDP): Der Internet Explorer wird nicht mehr gepflegt und muss durch Edge abgelöst werden. Wenn die Applikation auf Edge nicht läuft, kann man sie nicht mehr verwenden, weshalb die Anpassungen vorgenommen werden müssen.

S. 285	40 4015 3189 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
148.	Antrag Stadtrat				495 000	Mehrheit
			70 500		424 500	Minderheit
						Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: GIS Applikationen zurückhaltender entwickeln

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 006. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 70 500 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 149. und 150. (Postulat GR Nr. 2017/443).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Patrick Albrecht (FDP) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3571/2017): Der Stadtrat will einen Teil der veralteten, festinstallierten Stadtpläne, die heute an fünfzig Standorten zu finden sind, durch neue digitale Strassenkarten mit Touchscreen ersetzen. In Zeiten von Google und Mobile Phones kann man sich fragen, ob solche E-City-Pläne notwendig sind. Doch wir unterstützen das Vorhaben, weil der Stadtrat in fast schon liberaler Manier, den Aufbau und den Betrieb der digitalen Karte an private Dritte delegieren will. Zudem wird die Stadt davon auch finanziell profitieren, weil der private Dritte einen Pachtzins zahlen muss und dafür auf der Rückseite der E-City-Pläne eine Reklame schalten kann. Was uns an dem Vorhaben stört, ist, dass der Stadtrat im Budget 2018 trotzdem noch eine halbe Million Franken fordert und gesamthaft sogar 750 000 Franken ausgeben will, um die Projektierungskosten und die Vorbereitungsarbeiten zu finanzieren. Wir sind der Meinung, dass die privaten Dritten das Gesamtprojekt durchführen sollen. Das würde schon anfangen mit der Standortwahl, die heute vom Stadtrat vorgegeben wird. Und umfasst auch die komplette Finanzierung der Kosten, inklusive Vorbereitungs- und Projektierungsarbeiten. Wir verstehen zwar das Argument des Stadtrats, dass die zukünftigen Pächter der E-City-Pläne die Kosten für die Vorbereitungsarbeiten wiederum in den Pachtzins hineinrechnen werden. Wir müssten auch einen Teil der Arbeiten, wie beispielsweise das Verlegen der Stromleitungen durch das Elektrizitätswerk durchführen lassen. Aber diese Tätigkeiten machen nur einen kleinen Teil der gesamten Vorbereitungsarbeiten aus. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass die Gesamtkosten für das Vorhaben für die Stadt und den Steuerzahler schlussendlich durch eine vollständige Delegation an private Dritte gesenkt werden können. Weil die Gesamtplanung nur von einer Partei durchgeführt werden muss oder weil der Pächter bei einem Fixpreisprojekt auch das Interesse hat, ebenfalls die Vorbereitungsarbeiten effizient und kostengünstig abzuwickeln. Das Postulat fordert, dass der Stadtrat weitere Optionen prüft. Wir bitten um die Annahme der Budgetkürzung und des Postulats.

Walter Angst (AL): Wir sind davon ausgegangen, dass hier ein Kompromiss gefunden wurde. Es geht nicht um die Erstellung der gesamten Citypläne, sondern nur um die Erschliessung. Die RPK-Mehrheit fordert die Ablehnung des Postulats und der Budgetkürzung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Wir haben dies intensiv nochmals diskutiert. Es geht nur noch darum, wer die Elektroleitung zieht und dass der

digitale Stadtplan nachher betrieben werden kann. Der Rest geht an Private. Wir haben hier ein Missverständnis, was das Postulat will und was wir eigentlich machen. Wir machen nämlich schon das, was das Postulat verlangt. Die Standorte können frei gewählt werden. Sie müssen ein Bewilligungsverfahren nicht zuletzt wegen der Verkehrssicherheit durchlaufen. Das gilt für alle Werbesäulen und Pläne dieser Art. Ich bitte darum, sowohl das Postulat wie auch den Budgetantrag abzulehnen.

S. 286	40 4015 500004	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Übrige Tiefbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
149.	Antrag Stadtrat				150 000 Minderheit 350 000 N	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			450 000		50 000 Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Installation und Bewirtschaftung der neuen Citypläne soll von privaten Dritten ausgeführt werden. Die Stadt soll lediglich das nötige Land zur Verfügung stellen und den Privaten durch einen Leistungsauftrag führen. Um die Kosten zu finanzieren soll der Private die Möglichkeit erhalten, Werbeverträge mit privaten Sponsoren zu verhandeln bzw. auf den neuen Cityplänen zu werben. - Der im Budget verbleibende Betrag soll für die Ausschreibung, die Erstellung des Leistungsauftrages sowie die Führung des Privaten verwendet werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 151.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christoph Marty (SVP): *Die SVP ist eine dezidierte Gegnerin einer sozialdemokratisch inspirierten Verwaltungstätigkeit, die den Staat als Verantwortlichen und Entscheider für Planungsfragen sieht. Die permanente Aufblähung des Personalbestands im Hochbaudepartement und die damit verbundene Kostenexplosion, ist eine direkte Folge des eingeschlagenen politischen Kurses. Der Personalaufwand im HBD steigt und steigt. Uns würde interessieren, welche Massnahmen getroffen werden können, um die negative Entwicklung wieder umzukehren. Dank ausserordentlichem Erfolg hat die Rechnung 2016 mit einem Überschuss statt mit einem Minus abgeschlossen. Über die Rückzah-*

51 / 51

lung der exorbitanten Fremdverschuldung von mittlerweile 5,5 Milliarden Franken redet niemand. Der Zeitgeist ist: Heute konsumieren, morgen zahlen. Zukunftsfähig ist eine solche Politik auf keinen Fall. Wir sind nicht bereit, uns an der fortgesetzten personellen Aufblähung zu beteiligen. Deshalb beantragen wir die massvolle Einsparung von 1,677 Millionen Franken.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit beantragt, den Kürzungsantrag abzulehnen.

S. 287	40 4020 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
151.	Antrag Stadtrat				16 768 400	Mehrheit
			1 676 800		15 091 600	Minderheit
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Zurückhaltender bauen, Priorisierung dringender Projekte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 184, Beschluss-Nr. 3589/2017).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat